



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

51. Sitzung (öffentlich)

8. Mai 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:40 Uhr bis 18:15 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen | 8 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5011 | |
| – Abschließende Beratung und Abstimmung | |

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

- 2 Kein Kahlschlag beim landesrechtlichen Mieterschutz: Die Kappungs-
grenzenverordnung muss verlängert werden** **10**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4454
- Ausschussprotokoll 17/607
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Der Antrag wird gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen
von CDU, FDP und AfD abgelehnt.
- 3 Älteren Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zu Pflege-
und Altenhilfe erleichtern und ihre Lebensleistung würdigen** **12**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4455
- Ausschussprotokoll 17/579
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum passieren
zu lassen.
- 4 Geschönte Statistiken oder Steuergeldverschwendung? – Wie hoch
ist die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche und deren finanzielle
Auswirkungen auf das Land NRW tatsächlich?** **13**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3591
- Ausschussprotokoll 17/581
- Auswertung der Anhörung

5 Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln 14

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3805

in Verbindung mit

Integration beginnt mit Ausbildung und Arbeit – Bewährtes bewahren, Ideen entwickeln, Unterstützung leisten.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4113

in Verbindung mit

Die Landesregierung muss die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3011

Ausschussprotokoll 17/558

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung zu Drucksache 17/3011

Der Ausschuss verzichtet zunächst auf ein Votum zu Drucksache 17/3011 und verständigt sich darauf, dass in der Obleserunde ein gegebenenfalls erfolgreicher gemeinsamer Antrag mit Blick auf die Anträge in Drucksache 17/3805 und in Drucksache 17/3011 erörtert werden soll.

6 Frohe Weihnachten! – In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung wahrnehmen 18

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4457

Ausschussprotokoll 17/582

– Auswertung der Anhörung

7 Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5587

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verständigt sich auf die Durchführung einer Anhörung von Experten in kleiner Runde. Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

8 Tuberkuloseerkrankungen ernst nehmen und fernab jeglicher Ideologie bekämpfen 22

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5629

– Verfahrensabsprache

Die antragstellende Fraktion beantragt eine schriftliche Anhörung. Weitere Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

9 Aktueller Sachstand zum Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 23

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1986

– Aussprache

10 Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfälischen Krankenhäusern (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]) 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1987

– Aussprache

- 11 Weiterführung des Programms „Berufseinstiegsbegleitung“** (*Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*) **29**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1988
- Aussprache
- 12 Einführung einer Impfpflicht gegen Masern in Kitas** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) **31**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2007
- Aussprache
- 13 Entwurf eines Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV) – Konsequenzen für das Heilpraktikerwesen in NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5]*) **38**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1989
- Aussprache
- 14 Konsum von Aufputzmitteln und sogenannten „Life-Style“-Drogen wie z. B. Amphetaminen in Schule, Studium und bei Prüfungssituationen** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von der CDU und der FDP [s. Anlage 6]*) **39**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1990
- Aussprache
- 15 Verschiedenes** **40**
- a) Termine für Ausschusssitzungen 2020** (*Tischvorlage [s. Anlage 7]*) **40**
- Der Ausschuss bestätigt die in der Tischvorlage vorgeschlagenen Sitzungstermine für das Jahr 2020.

b) Terminierung der Anhörung zu Drucksache 17/5384 40

Gemäß Beschluss der Obleuterunde soll die von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Anhörung zum Antrag „Wohnungslosigkeit von Frauen entgegen wirken – Hilfeangebote flächendeckend ausbauen – Ursachen beseitigen“ – Drucksache 17/5384 – am 04.09.2019 von 11:00 Uhr bis ca. 13:00 Uhr stattfinden.

c) Mitteilung zu einer Terminkorrektur 40**d) Änderung des Verfahrens zu Drucksache 17/5057 und Drucksache 17/5620 40**

Die antragstellende Fraktion der AfD erklärt sich damit einverstanden, die Beratung zu den Anträgen „Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für Risikopatienten“ – Drucksache 17/5074 – und „Subventionen gezuckerter Milchprodukte stoppen – Das Schulmilchprogramm muss neu konzipiert werden und die Gesundheit unserer Kinder in den Fokus rücken“ – Drucksache 17/5360 – in der nächsten Sitzung fortzusetzen, da für die beantragten Anhörungen innerhalb der jeweiligen Frist keine Sachverständigen benannt wurden.

e) Gemeinsame Anhörung zu Drucksache 17/5057 und Drucksache 17/5620 40

Es erhebt sich kein Einspruch gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, eine gemeinsame Anhörung zum Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Den Beamtinnen und Beamten in NRW die freiwillige Versicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ermöglichen“ – Drucksache 17/5057 – und dem Gesetzentwurf der Fraktion von der SPD „Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe“ – Drucksache 17/5620 – durchzuführen.

f) Information zu den angeforderten Ergebnissen der Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Neuland Nordrhein-Westfalen – Drucksache 17/5344 – 41

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, in der nächsten Ausschusssitzung über den Gesetzentwurf abzustimmen.

17/5057 – und dem Gesetzentwurf der Fraktion von der SPD
„Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe“ – Drucksache 17/5620 – durchzuführen.

Vorsitzende Heike Gebhard weist darauf hin, dass der bereits beschlossene Termin am 19. Juni 2019 für die Anhörung zum Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nun möglicherweise nicht gehalten werden könne.

- f) **Information zu den angeforderten Ergebnissen der Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Neuland Nordrhein-Westfalen – Drucksache 17/5344 –**

Vorsitzende Heike Gebhard teilt mit, dass das Ministerium nach dem Beschluss des Ausschusses in der vorherigen Sitzung, die Abstimmung nach Vorlage der Ergebnisse der Verbändeanhörung durch das Ministerium durchzuführen, mitgeteilt habe, dass keine Stellungnahmen abgegeben worden seien.

Den Obleuten des Ausschusses sei die Mitteilung der kommunalen Spitzenverbände, dass diese den Gesetzentwurf für in Ordnung hielten, zur Verfügung gestellt worden.

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, in der nächsten Ausschusssitzung über den Gesetzentwurf abzustimmen.

gez. Heike Gebhard
Vorsitzende

7 Anlagen

02.09.2019/09.09.2019

73

